

AL INFO

www.al-zh.ch


Stadt und Prostitution. Sicherheit und Ordnung versprechen die Regierungsparteien. Die AL hat die Prostitutionsgewerbeverordnung abgelehnt und beschliesst Stimmfreigabe beim Strichplatz.

Seite 2



Kalter Krieg. Mit haarsträubenden Argumenten hat ein Bürgerkartell die Aufnahme der AL in das Richterpostenverteilungsgremium abgelehnt ... weil man Pfründen verlieren könnte.

Seite 3

Bürgerrechtsgesetz und SVP-Gegenvorschlag:

Am 11. März: NEIN und nochmals NEIN!

Manuela Schiller | **Die Schweiz kennt eine der strengsten Einbürgerungspraxen. Nach Bundesrecht muss jemand, um eingebürgert zu werden, mindestens 12 Jahre in der Schweiz gelebt haben.** Der Zürcher Regierungsrat hat 2009 einen Vorschlag vorgelegt, der die harte Haltung zementiert, aber auch einen gewissen Handlungsspielraum ermöglicht hätte. Sein Antrag wurde vom Kantonsrat unter Druck der SVP in zentralen Punkten verschlechtert, vor allem zulasten der Secondos. Die AL engagiert sich aktiv im 2xNEIN-Komitee, das sowohl die Vorlage des Kantonsrats wie den Gegenvorschlag der SVP bekämpft.

Das Bürgerrechtsgesetz ist unfair.

- Wer die Gemeinde wechselt, kann erst nach einer neuen Wartezeit von drei Jahren ein Einbürgerungsgesuch stellen. Junge Men-



schen zügeln häufig. Die heutige Arbeitssituation verlangt von den Angestellten Mobilität. Sie sollen nicht mit bürokratischen Schikanen bestraft werden.

- Die erleichterte Einbürgerung für Jugendliche, die hier aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, wird abgeschafft. Zürcherinnen und Zürcher haben dazu 1997 mit 65% JA gesagt. Die

erleichterte Einbürgerung hat sich bewährt, sie soll nicht aufgegeben werden.

- Die Einbürgerung steht nur noch Personen mit C-Ausweis (Niederlassung) offen. Das ist falsch: Die Einbürgerung soll von der Integration abhängen, nicht von der «richtigen» Ausweis-Kategorie. Gerade vorläufig Aufgenommene aus Bürgerkriegsgebieten und ihre Kinder – etwa Tamilen oder Menschen aus Ex-Jugoslawien – haben oft nach 15 bis 20 Jahren noch

keine C-Bewilligung, obwohl sie perfekt integriert sind. Neu wären rund 20 Prozent der Gesuchstellenden ausgeschlossen.

- Auch wer arbeitslos ist, soll gar kein Gesuch mehr stellen dürfen.
- Neben mündlichen sollen auch schriftliche Deutschkenntnisse zwingend vorhanden sein.

.... weiter auf Seite 2

AL FINANZEN

In der Kasse der AL hat es noch einige Löcher. Unser Kassier jubelt über jeden Franken.

Alternative Liste Zürich, PC 87-63811-5



Alecs Recher ist Mitglied der vorberatenden Kommission des Gemeinderats

Prostitutionsgewerbe: Nein zur Bürokratie der Wohlmeinenden

Alecs Recher | **Am 25. Januar beriet der Zürcher Gemeinderat die neue Verordnung zur Regelung der Strassen-, Fenster- und Salonprostitution (PGVO).** Sie wird uns als Wohltat für die Sexworker/-innen und die Stadtbevölkerung verkauft. Die AL sieht das kritisch und sagt Nein.

Grössere Grauzone dank Bewilligungspflicht. Geschaffen wird eine bürokratische Verwaltung eines Teils des Geschäfts mit käuflichem Sex. Neben Salonbetreiber/-innen braucht künftig auch wer sich auf der Strasse oder im Fenster anbietet eine Bewilligung – ohne Ausnahme, also auch Schweizer/-innen. Nebst Kosten und Papier bringt das der Stadtpolizei ein Prostituiertenregister sowie die Möglichkeit, alle ohne Bewilligung tätigen Prostituierten mit Repression zu bekämpfen. Das erste finden wir unnötig und für einen linksgrünen Stadtrat so befremdend wie das seinerzeitige Schwulenregister. Das zweite zeigt, wie man glaubt, Probleme lösen zu können. Prostitution wird weiterhin auch ausserhalb der

Fänge des Staates stattfinden: via Internet, in Hinterzimmern, draussen und ennet den Stadtgrenzen. Obwohl gut gemeint, wird die Verordnung keine Verbesserung der Situation bringen. Für Prostituierte, die heute arbeiten, ohne Probleme zu verursachen, bringt sie nur mehr Bürokratie. Diejenigen hingegen, die sie schützen möchte, werden vermehrt in die Illegalität abgedrängt.

Instrument der Gentrifizierung. Bevor die neue Verordnung überhaupt demokratisch beschlossen ist, hat der Stadtrat Tatsachen geschaffen. Sondertrupps der Polizei säubern seit längerem die Langstrasse – eines der traditionellen Rotlichtviertel – von Sexworker/-innen. Social Cleaning und Gentrifizierung heisst die Parole. Die neue Bewohnerschaft, soll ein properes Trendquartier vorfinden. Clubs mit Nachtlärm liegen noch drin, Schmuddeliges wie Prostitution passt nicht mehr ins Bild. Für uns gehört diese aber genauso in unsere Strassen wie Junkies, Bezirksrichter und die Lädibesitzerin von nebenan.

Differenzierte Sichtweise. Die AL plädiert für eine differenzierte Betrachtung der Sexarbeit. Diese findet in unterschiedlichsten Formen und Stufen von (Un-)Freiwilligkeit statt. Wir wollen, dass – wo ein Bedarf besteht – vertrauensvolle und repressionsfreie Betreuung stattfinden kann, die auch staatlich unterstützt wird. Wir wollen, dass wir als Gesellschaft zu diesem Gewerbe stehen, statt es zu vertreiben und auf Brachland hinter Zäunen zu verstecken.

ALPAROLEN

Strichplatz: AL gespalten. Bei der Parolenfassung zur Vorlage über den Strichplatz, über die wir wegen des SVP-Referendums am 11. März abstimmen, war die AL-Versammlung gespalten. Die einen begrüssen es, dass der Stadtrat eine sozial betreute Strichzone schafft, und wollen dem Projekt – trotz teilweise vorhandener Skepsis – eine Chance geben. Die andern befürchten eine weitere Illegalisierung der Frauen, die sich der neuen Regulierung nicht unterziehen wollen, und generell eine schärfere Repression. Angesichts der Patt-Situation wurde Stimmfreigabe beschlossen.

2xNein. Fortsetzung von Seite 1

Der SVP-Gegenvorschlag ist willkürlich. Mit ihrem Gegenvorschlag will die SVP die Möglichkeit schaffen, auch gut integrierte Personen, die alle Voraussetzungen erfüllen, von der Einbürgerung auszuschliessen. Damit würde

willkürlichen Entscheiden Tür und Tor geöffnet. Die Einbürgerung darf nicht vom Gusto selbsternannter Schweizermacher abhängen. Wer alle Bedingungen erfüllt, soll auch wirklich eingebürgert werden. Die Bevölkerung hat am 1. Juni 2008 die SVP-Initiative «Für demokratische Einbürgerungen» zurecht wuchtig verworfen.

Auch der Regierungsrat sagt 2xNEIN. Er lehnt nicht nur den SVP-Gegenvorschlag, sondern auch der verschlechterte Kantonsratsvorlage ab und empfiehlt, 2xNEIN zu stimmen. Damit ist der Weg frei für ein faires neues Bürgerrechtsgesetz im Kanton Zürich.

www.buergerrechtsgesetz-2xnein.ch



Bürgerkartell gegen AL-Richter

Markus Bischoff | **Mit ihrer Sperrminorität haben FDP, CVP und SVP am 17. Januar das Aufnahmegesuch der AL in die Interparteiliche Konferenz (IPK) des Bezirks Zürich abgelehnt.** Diese nominiert Be-

zirksrichterInnen zuhanden der Volkswahl aufgrund der Parteistärke. Obwohl die AL nach zwei Legislaturen im Kantonsrat alle IPK-Kriterien erfüllt, scheiterte ihr Aufnahmegesuch in der IPK am nötigen Zweidrittelmehr. Vordergründig zweifelten FDP-CVP-SVP an der rechtsstaatlichen Gesinnung der AL. Offenbar ist der Kalte Krieg noch nicht aus allen Köpfen verschwunden. So erklärte FDP-Bezirksrichter Beat Gut gegenüber dem Tages-Anzeiger, ihm sei «die Propaganda der AL immer wieder

negativ aufgefallen, weil sie sich oft gegen die Gerichte und die Rechtsprechung richtet.»

Die Logik der Pfründenheinis. Das wahre Motiv dürfte anderswo liegen. Die IPK funktioniert wie ein Kartell. Die Verliererparteien FDP und CVP wollen ihren Besitzstand sichern – sie haben Angst, ihre einträglichen Posten am Gericht der AL überlassen zu müssen. Vergessen haben sie, dass Demokratie Teilnahme aller heisst und nicht Verwaltung von Pfründen.

ALPAROLEN

11. März 2012

Bund

1. Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» NEIN

Die von Franz Weber lancierte Initiative will Zweitwohnungen auf 20 Prozent pro Gemeinde begrenzen.

2. «Bauspar-Initiative» NEIN

Steuer-Mogelpackung mit weiteren Steuerschlupflöchern für Gutverdienende. www.bausparen-nein.ch

3. «6 Wochen Ferien für alle» JA

4. Gegenentwurf Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» JA

5. Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPG) JA

2007 wurde in der Deutschschweiz die Buchpreisbindung abgeschafft. Mit dem BuPG sollen Verleger und Importeure wieder verbindliche Endverkaufspreise festlegen können. Das Referendum dagegen wurde von Jungliberalen, junger SVP, Ex Libris und Piraten ergriffen. Die Befürworter des Gesetzes wollen erreichen, dass das Kulturgut Buch nicht zur Ware in den Händen gewinnorientierter Verteiler verkommt.

Kanton Zürich

A. Bürgerrechtsgesetz NEIN

B. Gegenvorschlag NEIN

C. Stichfrage Freigabe

Stadt Zürich

Projekt Strichplatz Depotweg (Objektkredit von 2'395'000 Fr) FREIGABE

Dietikon

Teilrevision Richtplanung; Gestaltungsplan Silbern-Lerzen-Stierenmatt NEIN

Abstimmung Gestaltungsplan Silbern, Dietikon:

Nein zu 13.5 Mio für mehr Verkehr

Ernst Joss, AL-Gemeinderat in Dietikon | **In Dietikon wird am 11. März 2012 über den Gestaltungsplan Silbern-Lerzen-Stierenmatt (SLS) abgestimmt. Im Areal, das heute schon 6000 Arbeitsplätze beherbergt, sollen weitere 6000 ermöglicht werden.** Das Gebiet, das heute schon im Verkehr erstickt, kann dies nicht verkraften. Grünflächen fehlen ebenso wie Wohnungen für die vielen Angestellten.

AL: Kritikerin der ersten Stunde. Die AL hat sich als Erste gegen die verfehlte Planung des Stadtrates gewandt. Sie hat früh darauf hingewiesen, dass der Stadtrat seine Planung auf eine neue S-Bahnstation abstellt. Diese kann aber von Dietikon gar nicht

selbst beschlossen werden. Der Kanton unterstützte unsere Argumente und verlangte eine Überarbeitung der Planung. Leider hat der Stadtrat daraus nichts gelernt. Er stimmte seine Planung nur mit einer Handvoll Grundeigentümer ab. Kein Wunder, dass daraus eine Vorlage resultierte, die den Bodenbesitzern Profite bringt, der Allgemeinheit aber Erschliessungskosten in Höhe von 13,5 Millionen Franken und erst noch mehr Verkehr. Auch der Schutz des angrenzenden Naturschutzgebiets wurde sträflich vernachlässigt. Die AL bekämpft die Vorlage in einem Komitee zusammen mit Grünen und SP und hofft, dass mit einem Nein der Weg für eine neue, bessere Vorlage frei gemacht werden kann.



Niklaus Scherr ist unter anderem im Vorstand der AL Zürich aktiv

AL-Retraite vom 28. Januar: Mehr Kanton, mehr Bewegung

Niklaus Scherr | Unter der Moderation von Richi Blättler zogen am 28. Januar an einer Retraite knapp 30 AL-Aktivistinnen und Aktivisten – darunter ein Drittel von ausserhalb der Stadt Zürich – kritisch Bilanz und diskutierten Schwerpunkte der künftigen Arbeit.

Einigkeit herrschte, dass es der AL in den vergangenen zwei Jahren gelungen ist, sich als Partei zu konsolidieren und in der Öffentlichkeit und den Medien wachsende Beachtung zu gewinnen. Positiv vermerkt wurden die Wiedergewinnung der Fraktionsstärke in Zürich, der Einzug ins Stadtparlament von Dietikon und der Sitzgewinn im Kantonsrat, allgemein negativ eingeschätzt wurde das Vorgehen und das Ergebnis bei den Nationalratswahlen.

2012: Steuerpolitische Themen im Vordergrund. Nach zwei Jahren mit Wahlgängen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene kehrt jetzt etwas Ruhe ein. 2012 werden uns vor allem die Kampagnen gegen die kantonale Unternehmenssteuerreform (Abstimmung im Juni) und der Abschluss der Unterschriftensammlung für die eidgenössische Pauschalsteuer-Initiative in Trab halten.

Sprung über den Stadtzürcher Schatten. Der heutige Schwerpunkt der AL-Politik liegt nach wie vor in der Stadt Zürich. Zur Gruppe in Winterthur (seit 2002) und im Limmattal (seit 2007) sind im Zuge der Wahlen Einzelpersonen aus weiteren Teilen des Kantons gestossen. Klar

artikuliert wurde in der Diskussion das Bedürfnis, über das linksgrüne Stadtzürcher Ghetto hinaus Politik zu machen und sich dafür auch entsprechende Strukturen zu geben. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Nichtparlamentarischen Arm verstärken. In verschiedenen Voten wurde auch die Notwendigkeit betont, die nicht auf die institutionelle Politik ausgerichtete Bewegungsarbeit zu verstärken. Neben mehr direkten Aktionen wurden auch mehr inhaltliche Veranstaltungen und thematische Diskussionen gefordert, um vor allem auch den zahlreichen Neu-Interessentinnen und -Interessenten einen vielfältigeren Einstieg jenseits von Vollversammlungen und Standaktionen zu ermöglichen.

Sammeltag für Pauschalsteuer-Initiative

Bei Redaktionsschluss lagen auf dem Sekretariat der AL Zürich 17'224 Unterschriften der eidgenössischen AL-Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Unser nächstes Sammelziel: bis zum 15. März müssen wir im Kanton Zürich 22'000 Unterschriften zusammentragen.

Einen Grosseinsatz gibt es am Samstag/Sonntag 10./11. März (Pauschalsteuer-Abstimmungen in Appenzell und Luzern, Wahlen in diversen Kantonen, grosse AKW-

Demo in Mühleberg). Präsent sind wir auch mit Standaktionen und bei verschiedenen politisch-kulturellen Veranstaltungen. Wer mithelfen will, bitte bei Sonja im AL-Sekretariat melden (Mittwoch bis Freitag 044 242 19 45).

Mithilfe ist auch individuell möglich: Wenn jede/-r Info-Empfänger/-in uns zwei Unterschriften zustellt, sind wir 3'000 Unterschriften weiter.

Infos und Unterschriftenbögen:
www.pauschalsteuer-nein.ch

ALTERMINE

Dienstag, 6. März. AL-Vollversammlung.

Samstag, 10. März / Sonntag, 11. März. Gross-Sammeltag Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Sonntag, 11. März. Nationale Demo gegen AKW, Bern/Mühleberg

ALIMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Sonja Baljsevic
Molkenstr. 21, 8004 Zürich

Mail sekretariat@al-zh.ch

Telefon 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Redaktion Niklaus Scherr